MORNING BRIEFING.

POLITIK VERSTEHEN. INTERESSEN VERTRETEN.

31. Oktober 2026
Quellenstand: 31. Oktober 2026, 07:07 Uhr (Berlin)



BUCH ANSEHEN

DAS IST HEUTE WICHTIG

01 **EU und Kanada starten eine breit angelegte Zukunftsallianz**

02 **Durchschnittlicher GKV-Zusatzbeitrag 2027 liegt bei 2,9 Prozent**

03 **EU verhängt endgültige Zölle auf PET-Spinnvlies aus China**

ANALYTISCHE TAGESTHESE

Wer breite politische Signale in belastbare Interessenvertretung übersetzen will, muss Akteure, Zuständigkeiten und Verfahrensstände getrennt sichtbar machen.

01

AUSSENWIRTSCHAFT · DIGITALPOLITIK · SICHERHEIT

EU / KANADA · 30.10.2026 · GEMEINSAME POLITISCHE ERKLÄRUNG; ALLIANZ GESTARTET

EU und Kanada starten eine breit angelegte Zukunftsallianz

DIE ENTWICKLUNG

Beim Gipfel am 29. und 30. Oktober 2026 in Montreal starteten die EU und Kanada eine Alliance for the Future. Die gemeinsame Erklärung ordnet die Zusammenarbeit sechs Feldern zu: Handel und Regulierung, Digitales und Forschung, kritische Ressourcen und Energie, Finanzmärkte, Sicherheit und Krisenvorsorge sowie gesellschaftlicher Austausch.

Nach Angaben des Rates wurden die substanziellen Verhandlungen über ein Abkommen zum digitalen Handel abgeschlossen. Zu kritischen Rohstoffen, Energie und Sicherheit kündigten beide Seiten weitere Zusammenarbeit an; konkrete Folgeschritte bleiben je Instrument gesondert zu prüfen.

Die Erklärung beschreibt das Ziel einer engeren Assoziierung bis zum Gipfel 2027, ausdrücklich ohne Mitgliedschaftsperspektive. Es handelt sich um eine gemeinsame politische Erklärung und den Start eines Kooperationsrahmens, nicht um unmittelbar geltendes Recht.

PA-EINORDNUNG

Industrie, Energie, Digitalwirtschaft, Finanzsektor, Wissenschaft und NGOs sollten die sechs Arbeitsfelder nicht als einheitliches Verfahren behandeln. Entscheidend sind die jeweils zuständigen Institutionen, angekündigten Instrumente und nächsten formalen Schritte; daraus lassen sich unterschiedliche Dialogfenster ableiten.

BRANCHENBLICK

Belegt sind der Start der Allianz, die sechs Felder und die genannten Verhandlungsergebnisse. Konkrete Markt-, Förder- oder Regulierungseffekte für einzelne Organisationen sind damit noch nicht beschlossen.

KI-IMPULS

Erstellen Sie je Arbeitsfeld eine quellengebundene Rollenkarte: formale Zuständigkeit, offiziell dokumentierte Beteiligung, Instrument, nächster Termin und offene Frage.

ORIGINALQUELLEN

Rat der Europäischen Union | EU-Kanada-Gipfel | 29.–30.10.2026
Rat der Europäischen Union | Gemeinsame Erklärung | 30.10.2026

02

GESUNDHEIT · FINANZIERUNG · SOZIALVERSICHERUNG

BUND · 30.10.2026 · DURCHSCHNITTLICHER ZUSATZBEITRAG 2027 FESTGELEGT

Durchschnittlicher GKV-Zusatzbeitrag 2027 liegt bei 2,9 Prozent

DIE ENTWICKLUNG

Das Bundesgesundheitsministerium legte am 30. Oktober den durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung für 2027 auf 2,9 Prozent fest. Grundlage ist die Schätzung des GKV-Schätzerkreises vom 14. Oktober.

Das Bundesamt für Soziale Sicherung beziffert die erwarteten Einnahmen des Gesundheitsfonds 2027 auf 320,7 Milliarden Euro und die erwarteten Ausgaben der Krankenkassen auf 378,1 Milliarden Euro. Rücklagen der einzelnen Kassen sind in dieser rechnerischen Größe nicht berücksichtigt.

Der veröffentlichte Durchschnittswert ist nicht automatisch der Beitragssatz jeder versicherten Person. Den tatsächlich erhobenen Zusatzbeitrag legt jede Krankenkasse unter Berücksichtigung ihrer Finanzlage selbst fest.

PA-EINORDNUNG

Krankenkassen, Leistungserbringende, Sozialpartner, Patientenorganisationen und Verbände sollten den amtlichen Durchschnittswert von kassenindividuellen Entscheidungen trennen. Für Kommunikation und Szenarien sind die jeweilige Finanzlage, der konkrete Kassensatz und mögliche Informationspflichten maßgeblich.

BRANCHENBLICK

Die amtlichen Quellen belegen Durchschnittssatz und Schätzgrößen. Individuelle Belastungen oder Beitragssätze einzelner Krankenkassen werden daraus nicht abgeleitet.

KI-IMPULS

Führen Sie eine Statusmatrix mit amtlichem Durchschnitt, kassenindividuellem Beschluss, Datum, Quelle und ausdrücklich offenen Auswirkungen.

ORIGINALQUELLEN

Bundesgesundheitsministerium | Zusatzbeitragssatz GKV 2027 | 30.10.2026
Bundesamt für Soziale Sicherung | GKV-Schätzerkreis 2026/2027 | 14.10.2026

03

HANDELSSCHUTZ · BAU · INDUSTRIE

EU · 30.10.2026 · ENDGÜLTIGE ANTIDUMPINGZÖLLE; FÜNF JAHRE

EU verhängt endgültige Zölle auf PET-Spinnvlies aus China

DIE ENTWICKLUNG

Die Europäische Kommission verhängte am 30. Oktober endgültige Antidumpingzölle von 39,8 bis 48,1 Prozent auf Einfuhren von PET-Spinnvlies aus China. Die Maßnahmen gelten nach der Kommissionsmitteilung für fünf Jahre.

Seit Mai 2026 galten bereits vorläufige Zölle von 45,6 bis 50 Prozent. Die Kommission erklärt, ihre Untersuchung habe gedumpte Einfuhren und eine dadurch verursachte Schädigung der EU-Industrie festgestellt.

PET-Spinnvlies wird unter anderem als Trägermaterial für Dachabdichtungen eingesetzt. Die Kommission beziffert den EU-Markt auf rund 200 Millionen Euro; die Durchführungsverordnung wurde im Amtsblatt veröffentlicht.

PA-EINORDNUNG

Herstellende Unternehmen, Importeure, Bauwirtschaft, Handel und Verbände sollten Zollsatz, Warenabgrenzung, Lieferverträge und Beschaffungsalternativen anhand der Durchführungsverordnung prüfen. Die Maßnahme ist endgültig; betriebliche Preis- oder Mengenwirkungen bleiben unternehmensspezifisch.

BRANCHENBLICK

Belegt sind Zollspanne, Laufzeit, Produktverwendung und Untersuchungsbefund der Kommission. Konkrete Folgen für einzelne Projekte oder Preise werden nicht behauptet.

KI-IMPULS

Extrahieren Sie aus der Verordnung Warenbeschreibung, betroffene Ursprungsländer, individuelle Sätze, Geltungsbeginn und Nachweispflichten – mit Fundstelle für jede Zeile.

ORIGINALQUELLEN

Europäische Kommission | PET-Spinnvlies: endgültige Maßnahmen | 30.10.2026
EUR-Lex | Durchführungsverordnung (EU) 2026/2393 | 30.10.2026

DAS PRAXISLABOR

AKTEURSKARTE MIT ROLLENBELEG

Illustratives Szenario – kein belegter Realfall.

Nutze ausschließlich die beigefügten öffentlichen Originalquellen. Erstelle eine Tabelle mit: Institution oder Organisation; formale Rolle; Themenfeld; dokumentierte Beziehung; Entscheidung oder Instrument; nächster belegter Schritt; direkte URL. Trenne die Gruppen ‚formal zuständig', ‚offiziell beteiligt' und ‚potenziell betroffen'. Kennzeichne jede nicht belegte Angabe als ‚OFFEN'. Ergänze keine persönlichen Eigenschaften, Motive, informellen Netzwerke oder Einflusswerte.

1. Nur öffentliche Originaldokumente und klar bezeichnete institutionelle Rollen eingeben.
2. Jede Rollenbehauptung mit einer konkreten Fundstelle und URL verknüpfen.
3. Formale Zuständigkeit, offizielle Beteiligung und bloße Betroffenheit getrennt ausweisen.
4. Unsichere Beziehungen als offen markieren und nicht durch Modellannahmen schließen.
5. Fachverantwortliche prüfen Quellen und Aktualität und entscheiden über jeden Dialogschritt.

ERGEBNIS UND GRENZEN

Erwartete Ausgabe: eine nachvollziehbare Akteurskarte mit Rollenbelegen und offenen Punkten. Grenzen: keine Vollständigkeitsgarantie, keine Persönlichkeitsprofile, keine Rechtsberatung und keine automatische Kontaktentscheidung. Der Ablauf lässt sich auf Gesundheits-, Energie-, Finanz-, Bau-, Mobilitäts- oder NGO-Dossiers übertragen.

VOM BUCH IN DIE PRAXIS

KAPITEL 6 · DIE KARTOGRAPHIE DER NETZWERKE



BUCH BEI AMAZON ANSEHEN

DER BUCHGEDANKE

Professionelle Interessenvertretung braucht ein belastbares Bild davon, welche Institutionen und Organisationen in einem Dossier welche nachweisbare Rolle haben. KI kann öffentliche Dokumente strukturieren und formale Beziehungen sichtbar machen. Sie darf fehlende Verbindungen, persönliche Motive oder informelle Einflusswege jedoch nicht ergänzen; die strategische Bewertung bleibt menschliche Aufgabe.

AKTUELLER ANWENDUNGSFALL

Die heute gestartete EU-Kanada-Allianz benennt sechs Arbeitsfelder und zahlreiche institutionelle Schnittstellen. Die nachfolgende Akteurskartierung ist ein illustratives Szenario – kein in den Quellen belegter KI-gestützter Public-Affairs-Realfall.

DIE VERTIEFUNG IM BUCH

Das Kapitel vertieft die rechtmäßige Arbeit mit öffentlichen Stakeholder- und Allianzkontexten: Rollen, Beziehungen und Zuständigkeiten werden aus überprüfbaren Quellen dokumentiert und Unsicherheiten sichtbar gehalten. So entsteht eine Arbeitsgrundlage für Dialogplanung, ohne Personenprofile oder vermeintliche Einflusswerte zu erfinden.

KI-gestützt recherchiert und aufbereitet. Quellen und analytische Ableitungen sind gekennzeichnet; automatisierte Prüfung ersetzt keine eigenständige fachliche Abnahme.